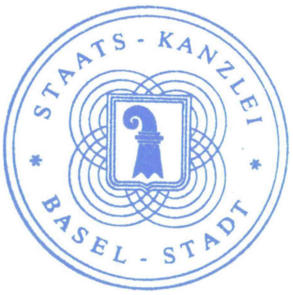
Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt

Regierungsratsbeschluss vom 22. Mai 2018

Kantonale Volksinitiative "Für eine Kantonale Behindertengleichstellung"; Prüfung der rechtlichen Zulässigkeit und weiteres Verfahren **P171511**

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Schreibensentwurf an den Grossen Rat.
2. Der Regierungsrat beantragt dem Grossen Rat, die Weiterbehandlung der kantonalen Volksinitiative „Für eine Kantonale Behindertengleichstellung“ auszustellen, bis der Bericht und Ratschlag des Regierungsrates vorliegt (spätestens bis 31. Januar 2019).

Begründung
Der Regierungsrat hat vom Grossen Rat am 7. Februar 2018 den Auftrag erhalten, innert sechs Monaten zur kantonalen Volksinitiative „Für eine Kantonale Behindertengleichstellung“ zu berichten. Gleichzeitig verlangt eine verbindlich überwiesene Motion die Vorlage eines kantonalen Behindertengleichstellungsrechts bis Februar 2019. Um die Berichterstattung zu den beiden Geschäften zu koordinieren und dem Grossen Rat rechtzeitig einen gut abgestützten Gesetzesentwurf als Gegenvorschlag vorlegen zu können, beantragt der Regierungsrat beim Grossen Rat, ihm zur Berichterstattung zur kantonalen Volksinitiative etwas mehr Zeit einzuräumen.